



Foto: Micho Merten

des Drucks aus der Gesellschaft, dabei, mit einem gesetzlichen Mindestlohn zumindest die schlimmsten Folgen der Agenda-Politik zu korrigieren. In Europa verfolgt die Regierung Merkel einen anderen Kurs. Hier ist sie die Protagonistin eines Austeritätsregimes, das den Geist von Hartz IV auf die Krisenländer anwendet. Inmitten der Eurozone bilden sich Gesellschaften wie in Griechenland heraus, die in ihrer informellen Struktur lange Zeit nur aus dem globalen Süden bekannt waren. In diesen Gesellschaften leben Bevölkerungsmehrheiten in prekären Verhältnissen, soziale Unsicherheit ist zu einem Dauerzustand geworden. In einem Regime, das auf Instabilität

in Permanenz gegründet ist, bedeutet Regieren eine Maximierung von Unsicherheit bei gleichzeitiger Gewährung jenes Minimums an sozialer Absicherung und Regulierung, das gerade noch notwendig ist, um Aufstände und Revolten zu vermeiden. Ob und wie lange dies gelingen kann, ist völlig offen.

[WWW.ROSALUX-EUROPA.INFO/PUBLIKATIONEN/BUECHER/JOBWUNDER\\_DE/](http://WWW.ROSALUX-EUROPA.INFO/PUBLIKATIONEN/BUECHER/JOBWUNDER_DE/)  
KLAUS DÖRRE IST PROFESSOR FÜR WIRTSCHAFTSSOZIOLOGIE IN JENA UND GEHÖRT DEM WISSENSCHAFTLICHEN BEIRAT VON ATTAC AN. REDAKTIONELL BEARBEITETER AUSZUG AUS DER STIFTUNGSPUBLIKATION «DAS «DEUTSCHE JOBWUNDER» – VORBILD FÜR EUROPA»

KLAUS PICKSHAUS

# GUTE ARBEIT

DIE ERSTAUNLICHE KARRIERE EINES GEWERKSCHAFTSPOLITISCHEN BEGRIFFS

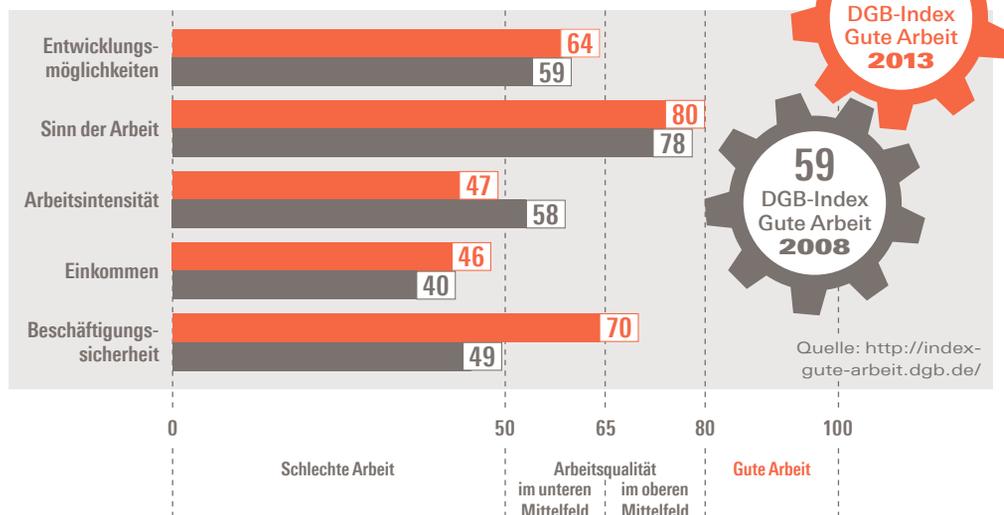
**Der Aufstieg des Begriffs «Gute Arbeit» ist beachtlich. Entstanden ist er als Projekt der Gewerkschaften zur Humanisierung der Arbeitswelt.**

War Gute Arbeit anfangs ein ausschließlich gewerkschaftlich geprägter Begriff, so führte der Erfolg des Agenda Settings durch die Gewerkschaften zur mittlerweile fast beliebigen Nutzung in Politik und Publizistik. Umso erforderlicher ist es in einer Bilanz des politischen Projekts Gute Arbeit, an die inhaltlichen Kernelemente und die strategische Ausrichtung zu erinnern.

Zweifellos hat vor allem die Entwicklung des DGB-Index Gute Arbeit mit den jährlich erhobenen repräsentativen Daten dazu beigetragen, das Verständnis von guter Arbeit aus Beschäftigtensicht

öffentlichkeitswirksam zu profilieren. Angesichts zunehmender prekärer Jobs, einem anwachsenden Niedriglohnsektor und psychisch belastender Arbeitsbedingungen liefert Gute Arbeit einen Gegenentwurf, zu dem unter anderem ein festes, verlässliches Einkommen, eine unbefristete Beschäftigung sowie die Achtung bzw. der Schutz der Gesundheit gehören. Dass es zu diesem Instrument einen Meinungsstreit und heftige Angriffe der Arbeitgeberverbände gab, bezeichnete der renommierte Arbeitswissenschaftler Kurt Landau als einen «Glücksfall für die Arbeitswissenschaft», denn nun musste eine inhaltliche Auseinandersetzung geführt werden. Mittlerweile wurde der DGB-Index Gute Arbeit durch die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin evaluiert und wird seit der Er-

## MEHR STRESS IM JOB - ABER AUCH MEHR SICHERHEIT WIE BESCHÄFTIGTE DIE QUALITÄT IHRER ARBEIT BEWERTEN



hebung 2013 in überarbeiteter Form eingesetzt. Doch für eine politische Bilanz ist es sinnvoll, die Ziele und das Profil insgesamt zu skizzieren. Schließlich stand das gewerkschaftliche Projekt Gute Arbeit, zuerst entwickelt innerhalb der IG Metall mit dem Anspruch einer neuen Humanisierungsoffensive, Pate bei der erfolgreichen Revitalisierung von Arbeitspolitik. Der Anspruch war ehrgeizig: Es sollte um «ein arbeitspolitisches, Einzelthemen integrierendes Reformkonzept für eine moderne, humane Arbeitswelt» gehen, um ein «Projekt, das (...) den Bedingungen des neuen, flexiblen Finanzkapitalismus Rechnung zu tragen hat» (Pickshaus/Urban). Damit waren zumindest zwei anspruchsvolle Aufgaben vorgegeben: Zum einen die strategische Verortung und Zielbestimmung durch eine zeitdiagnostische Analyse des Gegenwartskapitalismus. Und zum anderen die Konkretisierung der einzelnen Themen der Initiative Gute Arbeit in den unterschiedlichen Handlungsfeldern. Die Bearbeitung dieser Aufgaben ist an anderer Stelle umfassend erfolgt.

Man kann festhalten: Aus Sicht der Gewerkschaften steht Gute Arbeit für einen arbeitspolitischen Neuaufbruch. Eine auf Gute Arbeit zielende Strategie muss nach Auffassung der Initiatoren aus der IG Metall «gegen tendenziell» angelegt sein, weil sie die arbeitspolitischen Zumutungen des Finanz-

markkapitalismus analysieren und offensiv zurückweisen muss. Dies ist in der gewerkschaftlichen Diskussion sicherlich nicht unumstritten. Aber würde gesundheitsförderliche Arbeit lediglich als wichtiger Faktor zur Wettbewerbsförderung angesehen, so würde dies auf eine wettbewerbspolitische Vereinnahmung hinauslaufen, die Gute Arbeit und Arbeitsschutz einem kurzfristigen, betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Kalkül unterwürfe. Sicherlich sind auch auf dem Feld der Gesundheit Interessenkompromisse notwendig und auch möglich, wenn auch zunehmend schwierig. Sie sind aber weniger das Resultat vernünftigen Managementhandelns und gemeinsamer wettbewerbspolitischer Interessen, als vielmehr Resultat konfliktorischer Aushandlungsprozesse, die den Druck des Wettbewerbs und die Maßlosigkeit der Ökonomie dämpfen.

Die Initiative Gute Arbeit zielt darauf, die Rolle der Beschäftigten selbst als Gestaltungssubjekte zu stärken und nicht nur als Zielobjekte von Prävention zu betrachten. Das Expertenwissen der Beschäftigten, ihr Engagement und ihre Kompetenz nutzbar zu machen, dies gehört zu einem Ansatz einer Arbeitspolitik von unten. Der DGB-Index Gute Arbeit, der die Ansprüche der Beschäftigten und ihre Beurteilung der Arbeitsbedingungen ins Zentrum stellt, ist ein Element eines solchen neuen

gewerkschaftlichen Herangehens. Wenn nach der großen Krise 2007/2010 unter den Beschäftigten das Gefühl der Arbeitsplatzgefährdung zumindest vorübergehend abgenommen hat, so hat zweifellos generell das Gefühl der Arbeitskraftgefährdung zugenommen, also das Gefühl, auch in Anbetracht mangelnder Ressourcen den maßlosen Leistungsanforderungen nicht mehr gerecht werden zu können, vor allem nicht im Hinblick auf ein steigendes Renteneintrittsalter. Die Verknüpfung vielfältiger betrieblicher Initiativen mit einer politischen Anti-Stress-Initiative gehört zu den kleinen Erfolgsgeschichten der Gewerkschaften, denn zumindest hat der politische Druck zur einer «Klarstellung» im Arbeitsschutzgesetz im Jahre 2013 geführt, nach der psychische Belastungen ausdrücklich in den Präventionsauftrag gehören. Die daraus in der Konsequenz folgende und von den Gewerkschaften, der SPD, der CDA, den Grünen und der LINKEN geforderte verbindliche Anti-Stress-Verordnung erscheint derzeit im Koalitionsstreit blockiert (RosaLux 2-2014). Die strategische Aufwertung der aktiven Beteiligung der Beschäftigten in einer Arbeitspolitik von unten führt zu einer weiteren Überlegung: Die Forderung nach «Demokratisierung der Arbeit» gewinnt an Bedeutung. Es geht immerhin um hart umkämpfte Konfliktfelder wie mehr Einfluss auf die Leistungsverausgabung und Personalbemessung, um Einfluss auf Investitionsentscheidungen, Produktionsplanung und Zeitressourcen. Das greift in unternehmerische Freiheiten ein.

Mit anderen Worten: Es geht um ein neues und erweitertes Verständnis von Mitbestimmung und Beteiligung im Sinne einer Wirtschaftsdemokratie. Dies wird die betriebliche, tarifpolitische und auch die politisch-gesetzgeberische Handlungsarena gleichermaßen herausfordern. Die Initiative Gute Arbeit liefert hierfür eine inhaltliche Fundierung. Gute Arbeit muss auch demokratische Arbeit sein. Dies alles kann nur im Rahmen eines gesellschaftspolitischen Projektes angegangen werden, in dem den Gewerkschaften eine zentrale Rolle zukommt, das aber ohne Unterstützung einer gesellschaftlichen Mosaiklinken kaum Erfolg haben wird.

**VOM AUTOR** ist beim Hamburger VSA-Verlag das Buch «Rücksichtslos gegen Gesundheit und Leben» über das politische Projekt «Gute Arbeit» erschienen. Mehr Informationen dazu sowie zum Verlagsprogramm im Internet unter [www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de).

[WWW.KLAUS-PICKSHAUS.DE](http://WWW.KLAUS-PICKSHAUS.DE)  
[WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/24499](http://WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/24499)

KLAUS PICKSHAUS IST PUBLIZIST. ER LEITETE DEN BEREICH ARBEITSGESTALTUNG UND QUALIFIZIERUNGSPOLITIK BEIM IG METALL-VORSTAND